


*Wehrt euch und kämpft!*
*Rebellion ist gerechtfertigt!*

Monatliches revolutionäres Infoblatt / Österreich

März 2018 • No 44 • 0.8€

# WEG MIT DEM ÜBERWACHUNGSPAKET!

(...) All diese „Maßnahmen" sind große Angriffe auf unsere Rechte! Alleine durch die neue Video-Überwachung, Kennzeichenerfassung und Ausweispflicht bei Bus und Bahn, soll es beispielsweise beinahe unmöglich gemacht werden, unbemerkt von der einen in die andere Stadt zu reisen. Unsere Aktivitäten im Internet und natürlich alles was wir mit dem Handy machen wird aufgezeichnet und überwacht, während Versammlungen schwerer möglich gemacht werden und Paragrafen in Vorbereitung zum „Gesinnungsterror" eingeführt werden!

Das alles steht leider nicht alleine da, sondern reiht sich ein in eine lange Liste antidemokratischer Überwachungsmaßnehmen der vergangenen Jahre!

**Seite 7-10**

## BERICHT: 8. März 2018

*Seite 10-11*




## IMPERIALISTEN: HÄNDE WEG VON SYRIEN! HÄNDE WEG VON DEN KURDISCHEN MASSEN!

*Seite 12*




## KONTAKT

Redaktion der Antifaschistischen Aktion:
***red.afa@gmx.at***

## VERKAUF

*Die **Antifaschistische Aktion** kann man in den folgenden Buchhandlungen kaufen:*

ÖGB Verlag Buchhandlung
Rathausgasse 21
1010, Wien

Lhotzkys Literaturbuffet
Taborstr. 28/Eing. Rotensterngasse 2
1020, Wien

Librería Utopía - radical bookstore vienna
Preysinggasse 26-28
1150 Wien

Buchhandlung Alex
Hauptplatz 21
4020 Linz

Buchhandlung Liber Wiederin
Elerstraße 6
6020 Innsbruck

## LESE-EXEMPLARE

Arbeiterkammerbibliothek
Wienerstraße 7
7000 Eisenstadt

Café Gagarin
Garnisonsgasse 24
1090 Wien

Café Derwish
Lerchenfelder Gürtel 29
1160 Wien

Kulturverein w23
Wipplingerstrasse 23
1010 Wien

## ABO

Es gibt die Möglichkeit die *Antifaschistische Aktion* 11 Mal im Jahr per Post direkt nach Hause zu bekommen!

**Kosten: 20 Euro**
**Bestellung an:**
**red.afa@gmx.at**

Die *Antifaschistische Aktion* erscheint monatlich, jeweils zur Monatsmitte.

### *Aktionen gegen das Überwachungspaket*

LINZ: 4. April | Demonstration | 17:00 | Schillerpark

GRAZ: 4. April | Demonstration | 17:00 | Mariahilferplatz

***Ankündigungen für Demonstrationen, Aktionen oder Veranstaltungen findet ihr auch auf unserer Facebookseite "Antifaschistische Aktion - Infoblatt" und auf unserer Homepage "afainfoblatt.com"!***




Aus einer internationalen Erklärung zum 200. Geburtstag von Karl Marx:

"Wie Marx es selbst sagte: *„meine Hauptaufgabe ist jetzt, die Arbeiterklasse mit einer ausreichend festen und breiten theoretischen Grundlage zu lassen, die als Stützpfeiler für dessen zukünftige Organisation und als Arsenal dient, aus der es sich die notwendigen Waffen für den Kampf gegen die Bourgeoise nehmen kann“. „Um den Erfolg der Revolution zu sichern, ist die Einheit von Denken und Handeln notwendig. Die Mitglieder der Internationale versuchen diese Einheit durch Propaganda, Diskussion und Organisation zu erschaffen…“.* Marx widmete sich der wissenschaftlichen Arbeit nicht aus Gelehrsamkeit oder des Ruhms wegen, sondern im Gegenteil – unter erbittertsten Angriffen seiner Gegner und große Opfer durch Armut und Krankheit über sich ergehen lassend – tat er es mit dem einzigen Zweck, das theoretische Fundament der Ideologie des Proletariats zu legen, eine Frage die er als unerlässliche Notwendigkeit für die Sache der Arbeiter verstand, weil es die theoretische Grundlage für den politischen Kampf und die Organisation legte."

Die ganze Erklärung findet ihr dokumentiert auf: ***demvolkedienen.org***

### *Internationale Nachrichten auf Deutsch und Englisch:*







**newepoch.media** **demvolkedienen.org**

# OBERÖSTERREICH

## Demonstration gegen den Faschisten-Kongress Aistersheim

**KORRESPONDENZ:** "Die antifaschistischen Proteste der letzten Monate, an denen sich mehr als 100.000 Menschen in ganz Österreich beteiligten, haben gezeigt, dass große Teile der Bevölkerung bereit sind, gegen die aggressive Politik und Angriffe der Herrschenden zu kämpfen. Die antifaschistische „Demoreihe“ der letzten Monate ist jetzt vorbei, was aber kein Grund ist, nicht weiterzukämpfen. Jetzt müssen wir die Erfolge der antifaschistischen Kämpfe festigen und darauf aufbauen, die Zeit nützen uns zu organisieren und die kämpferischen Teile zusammenzuschließen. Entgegen des Versuchs die antifaschistische Bewegung durch die erschwerten Bedingungen abzuschwächen, wurde die Moral hochgehalten und die Demonstration genutzt, die AntifaschistInnen zu mobilisieren und für die weiteren Kämpfe zu organisieren!"




## Leserbrief

### Was nun? Die "üblichen" Antifa Demos sind vorbei, wie geht es weiter?

Die "üblichen" antifaschistischen Proteste (Burschenschafterbälle) reihte sich in die Welle der vielen an Proteste gegen die Schwarz-Blaue Regierung ein und endete mit der Demonstration gegen den Kongress der “Verteidiger Europas“ in Aistersheim. Doch nur weil jetzt längere Zeit weniger Proteste stattfinden, ist das kein Grund sich nicht weiter zu organisieren! Die Regierung wird weitere Angriffe auf die Bevölkerung verrichten, die Lage wird sich weiter verschärfen und es werden wieder Demonstrationen stattfinden! Deshalb ist es wichtig von den bisherigen Erfahrungen zu lernen und weiter darauf aufzubauen.
Dadurch kann man sich immer mehr verbessern, aus Fehlern lernen und sich für die nächsten kämpferischen antifaschistischen Proteste rüsten.
Auch wenn die politische Arbeit erstmal nicht mehr so stark in der Praxis, also auf Demonstrationen, durchgeführt wird, wird sie weiterhin theoretisch geführt. Denn ohne richtige Theorie keine richtige Praxis, ohne die richtige Ideologie im Kopf zu haben kann man sie nicht auf die Straße und somit unter die Massen tragen!

**Nieder mit dem Kapital!**
**Kämpferischer Antifaschismus voran!**

*Luna*

# ITALIEN

## Große antifaschistische Proteste

Am 5. März, einen Tag nach den Wahlen, wurde der Migrant Idy Diene von einem Pensionisten mit 6 Kugeln erschossen. Während dem Wahlkampf wurde anti-muslimischer Rassismus geschürt und gegen Migranten gehetzt, was sich in diesem Mord wiederspiegelt. Sofort gab es Demonstrationen der senegalesischen Community. Kurz darauf wurde in mehreren Städten gegen Rassismus und Faschismus demonstriert. Diese Proteste reihen sich ein in den anhaltenden antifaschistischen Protest der letzten Monate, der sich unter anderem gegen mehrere Angriffe auf ein muslimisches Zentrum in Padova richtete. Auch die Tat von Luca Traini, welcher mit einer Italien-Flagge um die Schultern auf mehrere Schwarze geschossen, brachte zehntausende auf die Straßen.




**Demonstration kämpferischer AntifaschistInnen in Rom**

## WIEN

# Gelungene Veranstaltung: 80 Jahre „Anschluss“


Die Rote Fahne

Wir kämpfen um Oesterreich!

Zum 80. Jahrestag der Annexion Österreichs durch Nazi-Deutschland, die als „Anschluss“ bekannt ist, wurde in Wien eine gelungene Veranstaltung von der Antifaschistischen Aktion, der Solidarwerkstatt, der Antiimperialistischen Koordination und der KPÖ Steiermark organisiert. Nicht ein inhaltsloses Gedenken stand dabei im Vordergrund, sondern die lebendige Debatte – um Lehren für den heutigen demokratischen und antifaschistischen Kampf daraus zu ziehen.
In verschiedenen Referaten von den beteiligen Organisationen wurde zu Fragen des Faschismus, der nationalen Frage in Österreich, dem Selbstbestimmungsrecht der Völker und Nationen und vielem mehr Stellung bezogen. Aus den Beiträgen entwickelten sich viele lebendige Diskusstionen. Als gemeinsame Schlussfolgereungen sind besonders die Notwendigkeit der Verteidigung der Neutralität, als fortschrittliches Erbe der Wiederherstellung der Unabhängigkeit Österreichs hervorzuheben. Auch die zunehmende militärische Aufrüstung der imperialistischen EU-Allianz wurde diskutiert und das erneute Streben des deutschen Imperialismus zur „Führung Europas“.
Kritisch wurde auch die These der „Kollektivschuld“ diskutiert, die von der Regierung und den bürgerlichen Parteien zu diesem Jahrestag ins Zentrum gerückt wurde. Der „Anschluss“ an ein „Großdeutsches Reich“, war nicht nur eine wichtige ideologische Grundlage eines Teils der Austrofaschisten, sondern wurde ebenso von führenden Teilen der Sozialdemokratie verteidigt. Doch schlossen sich relevante Massen der österreichischen Bevölkerung dem antifaschistischen Widerstand zur Wiederherstellung der Unabhängigkeit an, der von der Kommunistischen Partei Österreichs führend organisiert wurde.
Dass es heute besonders mit dem aggressiven Kurs der „neuen“ Bundesregierung immer notwendiger wird sich als demokratische und antifaschistische Organisationen enger zusammenzuschließen, wurde auch mit dieser gemeinsamen Veranstaltung bekräftigt. Auch wenn es bei so unterschiedlichen Rednerinnen und Rednern natürlich in mehreren Fragen auch Widersprüche und unterschiedliche Standpunkte zwischen den Organisationen gab, so war es doch eine wichtige gemeinsame Veranstaltung, der auf jeden Fall weitere folgen sollten!
Eine Besucherin der Veranstaltung meinte freudig: *„Mir hat vor allem gefallen, dass von diesem historischen Bezugspunkt aus, Lehren für heute gezogen wurden. Faschismus und imperialistischer Krieg sind keine bloße Frage der Vergangenheit, sondern erhalten heute in Europa wieder einen Aufschwung mit der gemeinsamen EU-Armee, dem von der EU-gestützen faschistischen Regime in der Ukraine, oder auch mit der zunehmenden „Festung Europa“. Dagegen gilt es sich heute zusammenzuschließen und an einem Strang zu ziehen.“*

## Mehr zum Thema findet ihr auf unserer Homepage: afainfoblatt.com

## KORRESPONDENZ

### Vortrag: Die Fahne der 11. Brigade

Am 8. März fand im Jüdischen Museum Wien ein historisch relevanter Vortrag statt, der für den antifaschistischen Widerstand von großer Bedeutung ist. Es handelt sich um die Fahne der 11. Brigade im Spanischen Bürgerkrieg, die dem österreichischen „12.-Februar-Bataillon“ für besondere Leistungen überreicht und von ihnen bis zum Ende des 2. Weltkrieges beschützt wurde.
Die österreichischen Spanienkämpfer hatten bereits durch die Ereignisse des 12. Februar 1934 reichliche Erfahrungen im Kampf gegen die Austrofaschisten mitgebracht. Mit 1400 Freiwilligen stellten die österreichischen KämpferInnen eines der größten Kontingente der Internationalen Brigaden. Unter den Freiwilligen waren wichtige Teile aus der jüdischen Bevölkerung und unter den Frauen (einige mit Kindern), stammte der Großteil aus jüdischen Familien.
Nach der Niederlage der spanischen Republik flohen die österreichischen Brigadisten mit der Fahne nach Frankreich wo sich die Situation durch die Besatzung der deutschen Faschisten ebenso verschlechterte.
Daher mussten besondere Methoden gebraucht gefunden werden, um die Fahne in Sicherheit zu bringen. Viele GenossInnen waren bereit ihr Leben für die Sicherheit der Fahne zu geben. Die Genossinnen Mali Fritz und Gerti Schindel schafften es sogar die Fahne in Gefangenschaft im KZ zu verbergen und bekamen sie schließlich erfolgreich wieder heraus!
Die Gefahren welchen sich die SpanienkämpferInnen ausgesetzt haben und die Opfer die sie bereit waren zu geben, zeigen dass die Fahne nicht nur irgendein schönes Stück Stoff ist. Diese Fahne symbolisiert die KämpferInnen die gefallen sind, die ganzen Kämpfe und errungenen Siege des 12. Februar Bataillons und vor allem die Verkörperung des Internationalismus!

Deshalb ist es ein großes Vorbild für uns, dass die damaligen GenossInnen ihr Leben für den Schutz der Fahne der 11. Brigade einsetzten, denn es gibt uns ein Beispiel für ihr hohes Bewusstsein und was es heißt, sein Leben der Revolution zu widmen!

# EINGEKASTELT

## Weitere Hausdurchsuchungen nach G20

DEUTSCHLAND: Die Sonderkomission "Soko Schwarzer Block", die nach den großen G20-Protesten geschaffen wurde, führte am 20.02 die Hausdurchsuchung einer WG in der Grafschaft Bentheim durch. Es wurden, wegen angeblichen Straftaten während der G20-Proteste, hauptsächlich Speichermedien wie z.B. USB-Sticks beschlagnahmt.
Dabei wurden auch Orte durchsucht, für die es keinen Durchsuchungsbeschluss gab, nämlich Autos und Gemeinschaftsräume.

## 9 Revolutionäre aus der Türkei als „Terroristen" verhaftet

GRIECHENLAND: Am 28 November wurden neun türkische Revolutionäre nach einer koordinierten Polizeiaktion in Athen verhaftet. Seitdem sitzen sie isoliert in getrennten Gefängnissen, was ihre Kommunikation und Verteidigung sehr schwierig macht. Außerdem hat der griechische Staat mit dem Prozess ihrer Abschiebung in die Türkei angestrebt. Seit ihrer Verhaftung verbreiteten die SYRIZA-Regierung und die Medien, dass sie gefährlichen Terroristen seien und bezeichneten diese Aktion als großen Erfolg der Polizei. Die angeblich linke griechische Regierung ist stolz darauf, dass sie jene Kämpfer dem Faschisten Erdogan übergeben kann. Die Wahrheit ist, dass die neun Inhaftierten in ihrem ganzen Leben für Gerechtigkeit und Freiheit kämpften und jetzt das Antiterrorgesetz gegen sie aktiviert wird. Dies erinnert sehr an die Prozesse gegen die ATIK Mitglieder in Deutschland. In Athen und anderen griechischen Städten wurden Solidaritätsaktionen für die Befreiung der neun Kämpfer und gegen ihre Abschiebung in die Türkei organisiert.

## Entwicklung im "TKP/ML Prozess"

Am 15. April 2015 wurden nach einer europaweiten Razzia elf Mitglieder von ATIK wegen vermeintlicher Mitgliedschaft in der Kommunistische Partei der Türkei/Marxistisch-Leninistisch (TKP/ML) festgenommen.
Erst am 19. Februar wurden Sinan Aydin, Dr. Dilay Banu Büyükavci, Sami Solmaz und Musa Demir aus der Untersuchunhgshaft wegen Unverhältnismäßigkeit freigelassen! Mehmet Yecilcali war wegen gesundheitlichen Gründen „schon" am 1. Dezember 2017 freigelassen worden. Das war nur durch den Druck, der durch unzählige internationale Solidaritätsaktionen und regelmäßige Kundgebungen vorm Gefängnis aufgebaut wurde, möglich. Die übrigen Angeklagten sitzen seit bald drei Jahren in U-Haft!

***Unterstützt Solidaritätsaktionen mit den Mitgliedern der ATIK!***







**Anlässlich des 18.3., dem internationalen Tag für politischen Gefangenen, bekamen wir dieses Bild einer Solidaritätsaktion zugesendet.**

## Das Rauchervolksbegehren als Opposition?

Ungefähr eine halbe Million Unterstützerinnen haben das Volksbegehren für das generelle Rauchverbot in Lokalen unterstützt. Die angebliche Opposition im Parlament, SPÖ, Neos, Liste Pilz, feiert es schon jetzt als das erfolgreichste Volksbegehren aller Zeiten. Sie tun so als wäre das ein großer Sieg gegen die Regierung, dabei bedeutet ein Volksbegehren ja nichts anderes als dass sich das Parlament damit beschäftigen muss. Eine kurze Debatte bei der nicht zwingend etwas heraus schauen muss, reicht schon. Und das wird uns von den Herrschenden als demokratische Mitbestimmung verkauft? Was dabei jedoch auffällt ist das Hin und Her der parlamentarischen Parteien. Einmal sind sie dafür und einmal dagegen je nachdem wie es ihnen gerade im Wahlkampf oder als scheinbare Opposition nützlich ist. Die ÖVP war vor den Wahlen für das Rauchverbot und jetzt sind sie als führende Regierungspartei dagegen.

Natürlich ist es gut wenn in Lokalen nicht geraucht werden darf. Es bedeutet eine enorme Belastung für die Gesundheit der ArbeiterInnen in der Gastronomie wenn sie tagtäglich in verrauchten Lokalen arbeiten müssen, auch das Passivrauchen ist schädlich für die Gäste. Die „Opposition“ im Parlament unter der Führung der SPÖ stürzt sich auf dieses Thema und nutzt die hohe Beteiligung am Volksbegehren um sich als führende Oppositionskraft zu inszenieren. Währenddessen könnte sich die Opposition im Parlament aber auch den antidemokratischen Angriffen die durch die Schwarz/Blaue Regierung durchgeführt werden widmen, wie zum Beispiel das neue Sicherheitspaket oder die weitere Verschärfung bei Abschiebungen. Aber diese Themen verblassen im Schatten des Rauchervolksbegehrens. Dadurch lenken diese bürgerlichen Parteien offen von den wirklichen Angriffen gegen die Rechte der Bevölkerung ab. Denn die rückschrittlichen Maßnahmen gegen die demokratischen Rechte hat auch schon die SPÖ voran getrieben als sie selbst noch in der Regierung war. Damit tritt auch die Frage der Gesundheit beim Rauchervolksbegehren in den Hintergrund.

Es geht der „Opposition“ nicht darum wirklich eine Verbesserung für die Gesundheit der ArbeiterInnen zu erreichen. Sie brauchen nur ein Thema durch das sie sich als Opposition aufspiele können und sie gleichzeitig nicht die rückschrittlichen Programme der Herrschenden angreifen müssen.

## GRAZ

## "Rettet die Mur-Bewegung" wird ein Jahr alt

Seit einem Jahr wird rund um die Mur gerodet - vor einem Jahr fuhren die ersten Bagger, begleitet von Securities und Polizisten auf. Eine Staustufe soll gebaut werden, um "sauberen Strom" an die Bewohner zu liefern. Laut Angaben soll das Murkraftwerk nur 70-80 GWh Strom produzieren, es wäre somit das ineffizienteste in ganz Österreich.
Durch die Rodung der Bäume steigt jedoch der Feinstaubgehalt, das Co2-Problem, das derzeit in der Stadt herrscht, wird damit verstärkt.
Unter Bürgermeister Nagl (ÖVP) soll bis 2020 das Murkraftwerk zu Ende gebaut werden. Anteile davon hat die Energie Steiermark AG sowie die Energie Graz (Holding Graz), die Verbund AG ist aufgrund der schlechten Gewinnaussischten, abgesprungen.
Die AktivistInnen der „Rettet die Mur - Bewegung“ haben das Murcamp ins Leben gerufen, welches geräumt wurde. An-den-Baum-ketten, Baggerbesetzungen sowie Farbanschläge hielten die Maschinen nicht davon ab, weiter die Natur zu zerstören.
Die "Rettet die Mur -Bewegung“ ist/war eine der größten Bewegungen der jüngeren Vergangenheit in der Steiermark, zu Spitzenzeiten waren 2.000 Leute auf der Straße, um gegen das geplante Murkrapftwerk zu demonstrieren – und tun es noch immer!




## IN ZAHLEN

## Spitzenreiter Butter wurde um 20,7% teurer!

Der „Mikrowarenkorb“ wurde im Vergleich zu 2017 dieses Jahr im Jänner um 4,5% und im Februar um 3,3% teurer. Unter den Preistreibern ist die Butter, sie wurde um 20,7% (!) teurer. Im Allgemeinen zeichnet sich bei Lebensmittel eine Teuerung von 1% ab – wobei diese Zahl durch billigeres Gemüse (-7,7%) verwischt wird. (Paradeiser wurden um 15% billiger, auf diese kann man aber vor allem im Winter sicher leichter verzichten als auf Butter!) Denn Milch, Käse, Eier stiegen um 4,4% an, Brot, Getreideprodukte um 1,8%, Öle und Fette um 9,5%, Fleisch um 1,1% und Obst um 0,9%!
Mieten stiegen auch weiter an: im Vergleich zum Februar 2017 um 4,1%, sowie die Betriebskosten um 1,6%.
Während der tägliche Bedarf immer teurer wird, werden die Löhne hingegen mehr und mehr nach unten angeglichen!



***"Der Antifaschismus in Österreich stellt eine große Herausforderung dar. Denn in den letzten Jahren wurde versucht den Antifaschismus und die Anbetung der EU auf einen Nenner zu bringen."***

## Interview mit einem Aktivisten der Solidarwerkstatt

*Im Folgenden veröffentlichen wir Auszüge aus einem Interview mit einem Aktivisten der Solidarwerkstatt. Das Interview umfasste mehr Fragen, sowie Näheres zur Haltung und Entwicklung der Solidarwerkstatt, als hier abgedruckt ist. Diese werden auf unserer Homepage veröffentlicht!*

***Wer ist die Solidarwerkstatt? Seit wann gibt es die Solidarwerkstatt und durch welche Kämpfe hat sie sich herausgebildet?***

Die Solidarwerkstatt gibt es seit 1993 als Verein. Allerdings traten wir damals noch als Friedenswerkstatt auf. Auslöser für den Zusammenschluss war der Zweite Golfkrieg im Jahr 1991. Hier sahen wir die Notwendigkeit unserer politischen Aktivität.
Im Laufe der 90iger haben wir uns intensiver mit der EU-Militarisierung, österreichischen Sicherheitspolitik und damit einhergehend mit der Neutralität beschäftigt, da die Wahrheit über die EU verklärt wurde. Die Konsequenz war dann, dass wir auf Grund der Verringerung der Aktivisten beim Thema Anti-EU, uns neu organisierten und so gründete sich die Solidarwerkstatt.

***Was waren bedeutende Punkte in der Geschichte der Solidarwerkstatt?***

Allen voran die Kampagne gegen den EU-Beitritt im Jahr 1993/94. Wir sahen damals den Widerspruch zur Neutralität. Wir hatten eine breite Kampagne angelegt und mit vielen lokalen Initiativen zusammengearbeitet. Zweiter wichtiger Punkt war die Antikriegsarbeit zur Zeit des Angriffskriegs der NATO gegen Jugoslawien 1999. Hier kam es dann zum offenen Bruch mit den Grünen, weil sie sich als Kriegspartei offenbart haben. Ein paar Jahre danach, konkret 2003, intensivierten wir unsere Antikriegsarbeit im Zuge des Irak Kriegs. Diese hatten wir verbunden mit der Kritik an der EU-Militarisierung. 2008 verbreiterten wir dann unser Bündnis der Anti-EU-Arbeit bezüglich des EU-Verfassungsvertrags Lissabon und nahmen so, neben der Friedensarbeit, auch den Kampf gegen die Kürzungspolitik/Deregulierung auf.

***Welche Schwerpunkte beinhaltet die aktuelle politische Arbeit der Solidarwerkstatt?***

Zur Zeit arbeiten wir an einem Personenkomitee "Selbstbestimmtes Österreich". Damit kritisieren wir die schwarz-blau Regierung und die gesamte neoliberale Wende. Dabei betonen wir stark, dass es nicht nur um die Kritik an schwarz-blau geht, sondern natürlich auch um die Kritik an SPÖ und die Grünen, die die gleichgerichtete Politik betreiben.
Ein weiterer Schwerpunkt der aktuellen politischen Arbeit ist die Kampagne gegen die "Ständig Strukturierte Zusammenarbeit" von Österreich mit der EU-Militärpolitik. Wir sehen hier eine klares Ziel von Frankreich und Deutschland, sich einen Weg zu schaffen für eine stärkeres EU-Militär.
Denn mit der "Ständig Strukturierten Zusammenarbeit" werden die Hemmnisse Interventionstruppen los zu senden abgebaut und hier gibt es keine nationalen Vorbehalte. Auch nicht was Österreich und die Neutralität betrifft.
Wir haben auch laufende Kampagnen wie zum Beispiel "Verkehrswende jetzt!"

***Warum ist es so wichtig sich in Fragen wie Antifaschismus und Anti-EU zusammenzuschließen?***

Der Antifaschismus in Österreich stellt eine große Herausforderung dar. Denn in den letzten Jahren wurde versucht den Antifaschismus und die Anbetung der EU auf einen Nenner zu bringen.
Der Bundespräsident gelobt laufend deutschnationale Burschenschafter für hohe Ämter an und rechtfertigt das damit, dass es "ok" ist, solange es ein EU-Bekenntnis gibt.

Wir sind froh, dass wir mit Kräften wie euch oder der „Initiative Stahlstadt gegen Faschismus“ in Linz so gut zusammenarbeiten und wir müssen unsere Anstrengungen fortsetzen, denn nur so können wir in den Massen Klarheit schaffen und den antifaschistischen Kampf vorwärts bringen.




**www.solidarwerkstatt.at**

## Die „Umfärbung“ der ÖBB

Bis auf eine Stelle wird der ganze ÖBB Aufsichtsrat ausgetauscht. Arnold Schifer der bei der schlagenden Burschenschaft Teutonia ist, ersetzt die bisherige Präsidentin Brigitte Ederer. Der Infrastrukturminister Norbert Hofer sagte über Schifer, er sei „ein Kenner und Freund der ÖBB“. Doch Schifer ist nicht der einzige mit Verbindungen zu Burschenschaften. Norbert Gugerbauer, Mitglied der schlagenden Burschenschaft „Oberösterreich Germanen in Wien“, Andreas Reichhardt auch Mitglied einer schlagenden Burschenschaft „Grenzlandsmannschaft Cimbria“. Die anderen sind zwar in keinen Burschenschaften, doch haben sie viel Erfahrungen in "der Wirtschaft". Denn inhaltlich will Hofer die ÖBB „für den Markt öffnen“, einer seiner Hauptpunkte ist die "Internationalisierung" und somit den Einfluss des österreichischen Kapitals zu vergrößern. Die „Umfärbung“ hat nicht primär zum Ziel lauter Nazis ins Amt zu holen, sondern folgt, wie die Zusammensetzung der Regierung, den österreichischen Kapitalinteressen, möglichst geschlossen und offensiv gegen die Arbeiter und die Bevölkerung in Österreich, sowie in den Ländern Ostereuropas und am Balkan vorgehen zu können.

# Weg mit dem Überwachungspaket!

## Das Überwachungspaket ist ein groß angelegter Angriff auf demokratische Grundrechte!

Bereits unter der vorigen Regierung wurden große Angriffe auf demokratische Grundrechte durchgeführt: die Überwachung wurde ausgedehnt, das Versammlungsrecht eingeschränkt, Kompetenzen der Polizei erweitert – das Recht auf Privatsphäre, sowie das Recht auf freie politische Betätigung wurden enorm beschnitten und verstümmelt! Das neue, weitere „Sicherheitspaket" konnte im vergangen Jahr nicht durchgesetzt werden, aufgrund von Protesten, Unterschriftenlisten und Einsprüchen diverser Vertreter der Justiz, sowie nicht zuletzt den „Machtkämpfen" der Regierungsparteien selbst. Nun folgt der nächste Anlauf um das Überwachungspaket, im wesentlichen wie vergangenes Jahr vorgeschlagen, umzusetzen.

Mit der neuen Regierung wurden die Widersprüche, die es auch innerhalb der verschiedenen Fraktionen der Herrschenden gibt weiter geglättet, so dass es nun „leichter" geht repressive Maßnahmen und faschistische Gesetze durchzusetzen. Nicht zuletzt der aktuelle BVT-Affäre zeigt deutlich, dass die „Bereinigung" von Widersprüchen in großen Schritten vorangeht. Dass dabei sozusagen unüblich vorgegangen wird, mit der EGS unter Führung der FPÖ, ausgerechnet die "Datenbank Rechtsextrimismus" sichergestellt wird und dass Gridling, ein als ÖVP-treu geltender BVT-Beamter, der eine wichtige Rolle bei der Inhaftierung des Faschisten Gottfried Küssels spielte, unter fadenscheinigen Beschuldigungen suspendiert wird, deutet mehr auf einen politischen Hintergrund, als auf die beteuerte "Bekämpfung der Korruption" hin!

Dass diese Aktion juristisch gesehen mehr oder weniger korrekt war, "verdanken" wir einerseits den bereits umgesetzten „Sicherheitspakten" der letzten Regierung, die im Grunde jegliche polizeiliche Aktion erlauben, da sie im Nachhinein genehmigt werden können, sowie der „neuen" Besetzung der Ministerien, welchen auch der falsche „Hoffnungsträger" Van der Bellen ohne weiteres zustimmte.
Das alles schafft günstige Voraussetzungen für die neue Regierung, große Angriffe auf unsere demokratischen Grundrechte, wie mit dem neuen Überwachungspaket, durchzuführen.

***Was kommt mit dem Überwachungspaket auf uns zu?***

**Der Bundestrojaner**
- ist staatliche Spionagesoftware, welche die „Überwachung internetbasierter Kommunikstion" ermöglichen soll. Jeder kann in Zukunft „Opfer" eines Hackerangriffes durch die östereischischen Sicherheitsbehörden werden. Dabei sind auch Ferninfektionen vorgesehen, welche dauerhafte Schäden auf den Zielsystemen anrichten können.

**Einführung von Netzsperren**
Es gibt eine Ausnahmeregelung in der EU-Netzneutralitätsverordnung die es den Providern selbst ermöglichen soll, strafrelevante Inhalte nach eigenem Ermessen zu sperren. Mit dem Paket soll nun eingeführt werden, dass die österreichische Regierung die Provider dazu verpflichten kann Netzsperren zu verhängen.

**Vorratsdatenspeicherung für Videoüberwachung**
Eine „lückenlose Überwachung" des öffentlichen Raums mit vernetzen Kameras wird gefordert. Das Innenministerium soll Zugriffsrecht auf sämtliche Daten aus öffentlichen und privaten Kameras haben. Für das Abrufen der Daten braucht es keinen konkreten Verdacht, es reicht als Argument die Vorbeugung wahrschenlicher Angriffe (!), was im Polizeilichen Staatsschutzgesetz bereits ebenso geregelt ist. Zum Einsatz soll in Zukunft zudem vermehrt die automatische Gesichtserkennung kommen.

**Einsatz von IMSI-Catcher**
Diese Geräte ermöglichen es, ohne Mitwirken des Netzbetreibers, Handys zu lokalisieren sowie Gespräche aufzuzeichnen, also das Handy als Abhörgerät zu benutzen.

**Lauschangriff auf private PKWs**
- soll legalisiert werden für die „Schaffung der Möglichkeit der akustischen Überwachung außerhalb vom Wohnrecht geschützte Räume". Innenminister Sobotka nennt dies „kleinen" Lauschangriff, tatsächlich aber meint der „kleine" Lauschangriff die Aufzeichnung eines Gespräches wo einer der Gesprächspartner (der Ermittler, V-Leute, bezahlte Spitzel) im Wissen ist, dass überwacht wird.

**Kennzeichenerfassung**
Von jedem Auto auf den Straßen Österreichs soll in Zukunft Lenker, Kennzeichen, Marke, Typ und Farbe erfasst werden – durch die ASFINAG, und bis zu 5 Jahre gespeichert werden.
Das bedeutet eine anlasslose Massenüberwachung!

**Vorratsdatenspeicherung 2.0**
Die Vorratsdatenspeicherung, die bereits 2014 vom Verfassungsgerichtshof zurückgewiesen wurde, soll nun wieder eingeführt werden.

**Registrierung von Wertkarten-SIM-Karten**
Jeder Kauf einer SIM Karte soll nur mit Registrierung, einem Nachweis der Identität gehen, was die Möglichkeiten auf anonyme Kommunikation massiv einschränkt.

**Beschränkung des Briefgeheimnis**
Folgendes soll aus der bisherigen Novelle der Strafprozessordnung gestrichen werden:
*§ 135. (1) Beschlagnahme von Briefen ist zulässig, wenn sie zur Aufklärung einer vorsätzlich begangenen Straftat, die mit mehr als einjähriger Freiheitsstrafe bedroht ist, erforderlich ist* ~~*und sich der Beschuldigte wegen einer solchen Tat in Haft befindet oder seine Vorführung oder Festnahme deswegen angeordnet wurde.*~~

**Neues Versammlungsrecht**
Mit dem Gesetz werden neue Hürden für Kundgebungen und Demonstrationen eingeführt. Die Anmeldefrist für Demonstrationen wird von 24 auf 48 Stunden erweitert, was es natürlich erschwert spontan, legal, auf Ereignisse zu reagieren. Dieses Gesetz ist bereits 2017 in Kraft getreten.

**Einschränkung der Meinungsfreiheit**
Die Regierung hat bereits im Juni 2017 einen Strafbestand geschaffen der die Meinungsäußerung betrifft. Das ist ein Angriff

auf das Recht auf frei Meinungsäußerung und ein Schritt in Richtung „Gesinnungsterror“!

**Bundesheer im Inneren**

Das neue Paket sieht vor den Einsatz des Militär im Innern auszudehnen. (wir berichteten in vergangenen Ausgaben über eine Übung und den Einsatz des Militärs beim WKR-Ball in Wien) Es soll zum „normalen“ Erscheinungsbild werden, dass das Militär im Einsatz ist – in Vorbereitung auf Kampfmaßnahmen gegen Rebellionen und Revolten!

**Ausweispflicht in Zügen und Bussen**

Es soll eine Ausweispflicht beim Kauf von Tickets für Bus und Zug eingeführt werden.

All diese „Maßnahmen“ sind große Angriffe auf unsere demokratischen Rechte! Alleine durch die neue Video Überwachung, Kennzeichenerfassung und Ausweispflicht bei Bus und Bahn, soll es beispielsweise beinahe unmöglich gemacht werden, unbemerkt von der einen in die andere Stadt zu reisen. Unsere Aktivitäten im Internet und natürlich alles was wir mit dem Handy machen wird aufgezeichnet und überwacht, während Versammlungen schwerer möglich gemacht werden und Paragrafen in Vorbereitung zum „Gesinnungsterror“ eingeführt werden!
Das alles steht nicht alleine da, sondern reiht sich ein in eine lange Liste antidemokratischer Überwachungsmaßnahmen der vergangenen Jahre!
Das alles soll uns aber nicht einschüchtern!

Klar ist, AktivistInnen, RevolutionärInnen, AntifaschistInnen und demokratische Kräfte müssen sich dementsprechend neue Methoden und Taktiken überlegen, wie sie handlungsfähig bleiben, Aktionen machen, sich organisieren können, ohne dabei sofort alles Preis zu geben.

Das Überwachungspaket ist aber nicht nur ein Angriff auf alle politischen AktivistInnen – es ist ein breit angelegter Angriff auf die gesamte Bevölkerung in Österreich! Die Grundrechte auf Privatsphäre und auf freie politische Betätigung werden damit endgültig ausgehebelt!

***Wehrt euch gegen das Überwachungspaket!***

# Weg mit Schwarz-Blau! Nieder mit dem Kapital!

Die neue Regierung ruft gerechtfertigterweise Protest auf den Plan, denn sie setzt viel offener das Brecheisen gegen demokratische Rechte, Sozialleistungen und gegen die Rechte der ArbeiterInnen an. Der Regierungswechsel brachte keinen generellen Kurswechsel der Politik der Herrschenden, sondern bringt die Interessen des Kapitals deutlicher zum Ausdruck.

Die Herrschenden stecken in einer tiefen wirtschaftlichen, politischen und auch ideologischen Krise, daher werden ihre Angriffe auf die Bevölkerung sowohl im Inland, als auch im Ausland immer umfassender. Das österreischische Kapital hat imperialistische Interessen, die eine zunehmend stärkere Rolle spielen, auch das drückt sich in der gegenwärtigen Zusammensetzung der Regierung gut aus. Es kann also nicht einfach darum gehen, Schwar-Blau „abzuschaffen“, denn sie bedienen keinen Selbstzweck, sondern die Interessen des österreichischen Kapitals. So tat es auch die SPÖ und so wird es auch jede weitere bürgerliche Regierung tun.
Falsche Hoffnungen und Illusionen werden hier durch angebliche „Linke“ geschaffen, die so tun, als wäre die „Regierung des Kapitals“ einfach auszutauschen durch eine Regierung für "soziale Gerechtigkeit". Im kapitalistisch-imperialistischen System ist jede Regierung eine Regierung des Kapitals, möge sie auch noch so „volksverbunden“, „sozial“ oder „links“ daherkommen.

Wogegen richtet sich also der fortgeschrittenste Protest? Einerseits gegen Schwarz-Blau, als Vertreter der aktuellen Angriffe auf die Bevölkerung, insbesondere die ArbeiterInnen und untersten Schichten. Innerhalb dieser Kämpfe muss jedoch die Illusion zerschlagen werden, eine andere bürgerliche Partei wäre besser, bzw. würde nicht die Interessen des Kapitals vertreten. Oder gar eine pseudo-sozialistische Partei, welche durch Wahlen in die Regierung kommt und auf einmal aufhört eine Regierung des Kapitals zu sein. Beispiele wie SYRIZA in Griechenland oder Podemos in Spanien zeigen das ganz anschaulich.

Nein, die Parole muss lauten: „Weg mit Schwar-Blau! Nieder mit dem Kapital!“ Denn es ist die Herrschaft des Kapitals, das kapitalistisch-imperialistische System welches die Menschen ausbeutet, unterdrückt, ganze Nationen unterjocht und ständig bestrebt ist für Profit neue imperialistische Krieg anzuzetteln!







**Bilder: Demonstration gegen Rassismus, Wien 17.3.2018**

# BERICHT: Internationaler Fraunkampftag 2018

Neben der internationalen Bedeutung und der Bedeutung des 8. März für den Kampf der Frauen in den Reihen der Revolution, stand der 8. März dieses Jahr in Österreich in einer Reihe mit den antifaschistischen Protesten gegen die neue Regierung der herrschenden Klasse.
Bei den antifaschistischen Demonstrationen der vergangenen Monate gab es bereits eine starke Beteiligung der Frauen. Vor allem die Frauen in den Reihen des kämpferischen Antifaschismus zeigten dabei ihren Zorn gegen Patriarchat und Kapitalismus/Imperialismus und ihre Entschlossenheit zu kämpfen! Am 8. März konnte man sehen, dass der Aufschwung der Massenbewegung eine neue Dynamik für die weitere Entwicklung der Frauenbewegung bringt.

**WIEN:** Es gab dieses Jahr zwei Demonstrationen an denen sich an die 2000 Frauen beteiligten. Hier fiel vor allem auf, dass sich viele Migrantinnen, insbesondere muslimische Frauen beteiligten und gegen die rassistischen Gesetze wie das Kopftuchverbot demonstrierten. Das Rote Frauenkomitee in Wien fiel bei der Demonstration mit lauten Parolen auf, besonders mit der Parole „Proletarischer Feminismus, für den Kommunismus!". Eine Aktivistin berichtete uns, dass wichtige Schritte für die zukünftige Arbeit gemacht werden konnten. Bereits in der Mobilisierung sind durch Aktivistinnen hunderte Plakate verbreitet worden.










**LINZ:** Eine Aktivistin des Roten Frauenkomitees meinte: ***„Es war schade, dass bei so einem ernsten und wichtigen Thema wie dem 8. März, mit seiner internationalen Bedeutung aber auch mit seiner aktuellen Bedeutung in Österreich, wo die Frauen mehr und mehr unter die Räder einer sehr reaktionären, faschistischen Politik kommen, mehr Kunst als Politik gemacht wird. Doch es war sehr gut, dass sich noch viel mehr Frauen als vergangenes Jahr klar in den Reihen der Revolution wiederfanden! Das war sehr wichtig für uns, denn es zeigte, dass wir einen Schritt weiter kamen in der Umsetzung der Ziele, wie sie im Flugblatt zum Tag gegen Gewalt an Frauen definiert sind."*** Zu einer kämpferischen Stimmung trugen außerdem Aktivistinnen der Solidarwerkstatt und des Vereins Maiz bei. Die Frauen von Maiz zeigten, dass sie sich durch die Kürzungen nicht einschüchtern lassen!

**GRAZ:** Besonder fiel die Beteiligung von migrantischen Frauen auf, die einen guten Ausdruck auf der Demonstration fanden. Mit vielen Parolen die sich gegen das Patriarchat und gegen den Imperialismus richteten, und die Frauen zum Kampf aufriefen, konnte in breiten Teilen der Demonstration eine sehr lebendige und kämpferische Stimmung verbreitet werden!







**INNSBRUCK:** Eine Aktivistin vor Ort schätzte die Teilnehmerzahl auf etwa 400 ein, etwas mehr als 2017. Es war eine sehr gute und kämpferische Stimmung, die von lauten Parolen, vielen Fahnen und Schildern begleitet wurde. Besonders das Transparent mit der Aufschrift „Nieder mit dem Patriarchat und Imperialismus!" dürfte bei den DemoteilnehmerInnen und Passanten sehr gut angekommen sein. Auch antirassistische Schilder fielen besonders auf.

**Neues Video der Roten Frauenkomitees zum 8.März 2018 - zu finden auf AFAINFOBLATT.COM**

Die Frauen bei den Demonstrationen am 8. März, besonders jene die in den Reihen der Revolutionäre kämpfen, die den proletarischen Feminismus verteidigen, haben die Pseudotheorie über die angebliche „schwache weibliche Natur" attackiert und gezeigt, dass sie bereit sind gegen Patriarchat und Imperialismus zu kämpfen. Mit Losungen, Schildern und Bilder wurde auch der internationale Charakter des Kampfes gegen Imperialismus und Patriarchat richtigerweise in den Vordergrund gestellt. Trotz unterschiedlicher Kritiken und Mängel an den diversen 8. März-Aktionen, war es im allgemeinen ein sehr guter 8. März für die Frauenbewegung in Österreich, denn Aktivistinnen der Roten Frauenkomitees berichteten, dass sie wichtige Schritte machen und sich für die zukünftige Arbeit festigen konnten.

Die Frauen zeigten, dass sie weder schwach, politisch uninteressiert oder leise sind. Im Gegenteil! Sie kämpften um die Emanzipation und wissen, dass die Befreiung der Frauen nur das Werk der Frauen selbst sein kann!

***Entfesselt den Zorn der Frauen als eine mächtige Waffe für die Revolution! Schafft rote Frauenkomitees!***

***Nieder mit dem Patriarchat und Imperialismus!***

## SERBIEN

In der serbischen Hauptstadt Belgrad haben verschiedene Feministische Organisationen ihre Forderung gegen die patriarchalen Strukturen lautstark auf die Straße gebracht. Es beteiligten sich ca. 250 Menschen an der Demo. Darunter befanden sich z.B. "Romske ženske mreže" (Netzwerk der Roma Frauen), "Plenuma žena za štrajk" (Frauenstreik Plenum), "Mreža žena protiv nasilja" (Frauennetzwerk gegen Gewalt) und einige andere Organisationen. Auf Transparenten konnte man "Žene, život, sloboda" (Frauen, Leben, Freiheit), „Smrt fašizmu sloboda ženama" (Tod dem Faschismus, Freiheit der Frauen) oder „Za radna prava ženama" (Für Arbeitsrechte der Frauen), „Za ljudski ženska prava" (Für menschliche Frauenrechte), „Za žensku solidarnost" (Für Solidarität der Frauen) lesen.



Ecuador, 8. März 2018




Ecuador, 8. März 2018




Chile, 8. März 2018




Serbien, 8. März 2018




Deutschland/Berlin, 8. März 2018




Deutschland/Hamburg, 8. März 2018

## SPORT




Die Fankurve des grün-weißen SV Werder Bremen begrüßte den 8.März mit dem Spruchband: "Football has no Gender!"

Foto gefunden auf facebook "Ultras against fascism", mit der Überschrift: "Happy international woman's day!"

# Imperialisten: Hände weg von Syrien! Hände weg von den kurdischen Massen!

Mit dem 20. Jänner 2018 leitete der reaktionäre türkische Staat die Operation „Olivenzweig“ ein, ein zynischer Begriff für die Einleitung eines Massakers und dem Völkermord der nun in der Region begangen wird. Die militärische Offensive der Türkei ist die Fortsetzung eines nun schon jahrzehntelangen andauernden Vernichtungsfeldzuges gegen die kurdischen Massen, wenn auch heute unter den neuen Vorzeichen, der sich immer mehr zuspitzenden Widersprüche zwischen den Imperialisten des „Westens“ (USA und EU-Allianz) zum Russischen Kontrahenten, sowie der zunhemende Drang der verschiedenen arabischen Nationalitäten nach nationaler Unabhängigkeit.



Die Stadt und der gleichnamige Distikt Afrin liegt im Nordwesten Syriens, mit bis zu 700.000 Einwohnern, wobei sich die Bevölkerung nicht nur aus Kurden, sonderns ebenso aus arabischen Minderheiten wie beispielsweise Beduinen und Roma zusammensetzt. In dieser Region von einem ausschließlich „kurdischen Befreiungskampf“ zu sprechen, kommt demnach weitaus zu kurz, geht es doch um die Befreiung unterschiedlicher unterdrückter Nationalitäten von der imperialistischen Herrschaft. Einen einseitigen Fokus in diesem Massaker auf „Kurdistan“ oder „Rojava“ zu legen, untergräbt die dringliche Notwendigkeit der gemeinsamen Kampffront der kurdischen mit den arabischen Massen.

Das blutige Massaker der Türkei in Afrin muss mit aller Entschiedenheit verurteilt werden und das Recht auf Selbstbestimmung und Selbstverteidigung der unterdrückten Völker als Bestandteil der internationalen Solidarität entschlossen verteidigt werden. Als antiimperialistische und revolutionäre Kräfte müssen wir jedoch auch sehen, dass die organisierte Widerstandskraft der kurdischen Einheiten an Stärke verloren hat. Der Vernichtungsfeldzug der Türkei nährt sich unter anderem aus den derzeitigen Schwächen der kurdischen Führung und ihrer Kommandeure, die vor allem seit dem militärischen Bündnis im Kampf gegen den IS eng mit den Imperialisten der USA verbunden sind und in dieser Situation der „Nichteinmischung“ von Seiten der militärischen Kräfte der USA zu einer Situation geführt haben, in der die selbstständige Handlungsfähigkeit der kurdischen Milizen keinen allzu großen Spielraum übrig gelassen hat. In diese verzwickte Situation, in die die kurdischen Führer die breiten Massen gebracht haben, scheint nun der Apell führender kurdischer Organisationen an die EU, Hilfe zu leisten, folgerichtig. Dass so eine „imperialistische Hilfe“ jedoch nichts anderes sein kann als ein weiterer imperialistischer Schachzug auf dem Rücken der Völker, haben doch die USA mit ihrer „Hilfe in Rojava“ längst bewiesen. Den sogenannten „taktischen Bündnissen“ mit dem US-Imperialismus, wie es von einigen kurdischen Führern verteidigt wird, ist es geschuldet, dass die kurdischen Organisationen immer weniger stabile Bündnispartner unter den arabischen Völkern vorfinden, die vorwiegend der Hass gegen den US-Imperialismus vereint und ein Interesse daran haben, die Imperialisten aus der Region hinauszuwerfen und damit objektiv mit den kurdischen Massen ein gemeinsames Ziel hätten. Den Schwankungen ihrer Führer ist es geschuldet, dass die kurdischen Massen nun relativ isoliert sind und sie selbst sowie die gesamte Region zu einer billigen Beute in den zwischenimperialistischen Widersprüchen wurde, zum ausschließlichen Leiden der Bevölkerung, die dafür mit ihrem Blut bezahlt. Die „Einmischung“ Russlands, vor allem durch Flächenbombardements, als auch die Mobilmachung der Truppen Assads dürfen uns jedoch nicht zur falschen Einschätzung führen, diese als „Hilfe für Afrin“ oder eine „Hilfe für die Kurden“ zu






bezeichnen, wie von einigen Vertretern der kurdischen Bewegung behauptet wird. Der sogenannte „Mittlere Osten“, also Westasien, ist derzeit der weltweite Hauptschauplatz der Neuaufteilung der Kolonialländer zwischen den großen Imperialisten, USA und die EU-Allianz einerseits, Russland und teilweise China auf der anderen Seite. In dieser Situation versucht auch der russische Imperialismus in Syrien seine Stellung soweit als möglich gegen die USA zu erhalten und zu verteidigen, weshalb dieser nun Assad militärisch unter die Arme greift.

Eine Welle an Solidaritätsdemonstrationen breitete sich über viele Städte der Welt, und auch in vielen Städten Europas aus und hält bis heute an. Dieser gerechtfertige Protest gegen den Völkermord in Afrin ist von allen antiimperialistischen Kräften zu begrüßen und zu unterstützen. Mit aller Entschiedenheit verurteilen wir diesen Völkermord der von den Imperialisten begangen wird. Besonders in Österreich ist hervorzuheben: Auch der österreichische Imperialismus scheffelt auf dem Rücken Afrins Profit, auch österreichische Waffen kommen dort zum Einsatz! Die vielen Opfer Afrins mahnen alle ehrlichen antiimperialistischen und revolutionären Kräfte, jegliche Zusammenarbeit mit den Imperialisten abzulehnen, stattdessen fest auf die Kraft der Massen zu vertrauen, das Selbstbestimmungsrecht der unterdrückten Völker zu verteidigen, und diese auf ihrem Weg zur Durchführung der neudemokratischen Revolution zu unterstützen!

## UNGARN

# Fördermittel in Luft aufgelöst?

### Österreichische Konzerne in Ungarns Metro-Skandal

Schwere Korruptionsvorwürfe werden zum Bau der Budapester Metrolinie M4 erhoben, nachdem die ungarische Regierung den Bericht der EU-Antibetrugsbehörde (Olaf) veröffentlichte. Unter den betroffenen Unternehmen werden auch die österreichischen Firmen Strabag und Swietelsky genannt, berichtete die ungarische Zeitung "Figyelö". Bei einer Investitionssumme von 1,7 Milliarden Euro sei bis zu einem Drittel der Gelder "gestohlen" worden, hieß es seitens des parlamentarischen Wirtschaftsausschusses in Budapest. Die mit dem Innenausbau der Metrostationen beauftragte Firma Swietelsky müsse von ihren erhaltenen 40 Milliarden Forint (129,4 Millionen Euro) 7,6 Milliarden Forint EU-Fördergelder zurückzahlen. Der Baukonzern Strabag wiederum solle 2,5 Milliarden Forint (8,09 Mio. Euro) der 3,7 Milliarden Forint zurückzahlen, die das Unternehmen für den Bau der Metrostation Baross-Platz erhielt. Auch das Transportunternehmen Alstom und der deutsche Siemens-Konzern sowie das Bamco-Konsortium stehen auf der Olaf-Liste.

Die Metrolinie M4 mit einer Länge von 7,4 Kilometern wurde zwischen 2006 und 2014 gebaut. Die Regierung von Premier Viktor Orbán betonte in den Medien, die Korruptionsfälle seien bis auf einen Fall unter den "sozialliberalen" Vorgängerregierungen erfolgt.

Der Metroskandal zeigt, dass die imperialistischen Konzerne wie Swietelsky und Strabag ein Teil der Korruption in den unterdrückten Ländern Ost- und Mitteleuropas sind. Sie machen nicht nur Extraprofit durch die Ausbeutung der Bevölkerung, sondern stehlen auch noch Fördergelder, die ebenfalls von den Werktätigen erarbeitet wurden!



## KORSIKA

# Großdemonstration für Autonomie

Am 4.2. gab es eine Großdemo auf Korsika für die Unabhängigkeit von Frankreich, kurz vor dem Besuch des französischen Präsidenten Macron. Bis zu 25.000 Leute demonstrierten für einen Autonomiestatus, Freiheit für korsische politische Gefangene und die Anerkennung der korsischen Sprache.

Beim Besuch in Korsika sagte Macron er „respektiere“ das Streben nach Autonomie. Doch zeigte er deutlich, dass sie nicht im Interesse des französischen Imperialismus sind: Zur Anerkennung der korsischen Sprache sagte er: “Es gibt bereits eine offizielle Sprache, das Französische.“ und, dass er es nicht zulassen würde, Korsen durch die Anerkennung ihrer Sprache Vorteile einzuräumen.

Nationalistische und Autonomie-Parteien in Korsika haben bei den Wahlen großen Zustimmung, doch zeigte schon die Geschichte Korsikas, wie auch das aktuelle Beispiel Kataloniens, dass über den parlamentarischen Weg noch keine Autonomie, geschweige denn Unabhängigkeit durchgesetzt wurde. Die korsischen Massen blicken auf eine lange Geschichte des Widerstandes zurück, sowie auch in jüngerer Vergangenheit auf die militanten Kämpfe geführt durch die Nationale Befreiungsfront Korsikas (FLNC), welche eine große Sympathie unter der Bevölkerung besitzt. Provokationen, wie jene durch Macron, werden die Bestrebungen nach Unabhängigkeit nicht eindämmen, sondern im Gegenteil werden sie die Bestrebungen und Kämpfe für nationale Unabhängigkeit anfeuern!

# Berta Cáceres- eine Frau die nicht schwieg

Zwei Jahre sind seit dem Mord an Berta Cáceres vergangen, die am 3. März 2016 in ihrem Haus in La Esperanza/Honduras erschossen wurde. Die Tat hat international sehr große Bestürzung ausgelöst, doch noch immer ist niemand für das Verbrechen verurteilt worden. Die Ermittlungen kamen sehr schleppend voran, erst im Juni vergangenen Jahres wurden die ersten Verdächtigen angehört.

***"Ihr habt die Kugel, ich das Wort. Die Kugel stirbt, wenn sie detoniert. Das Wort lebt, wenn man es weitergibt"*** Berta Cáceres

Berta Isabel Cáceres Flores war eine Menschenrechts- und Umweltaktivistin aus Honduras. Sie war eine der MitbegründerInnen des 1993 ins Leben gerufenen Consejo Cívico de Organizaciones Populares e Indígenas de Honduras (Council of Popular and Indigenious Organization of Honduras) (COPINH), einer Organisation, die sich für die Rechte indigener Völker und den Erhalt ihrer Heimat in Honduras einsetzte.
Sie hatte sich gegen ein Wasserkraftwerk eingesetzt, an dem auch eine Siemens-Tochter beteiligt war. Der Stausee bedroht die Lebensgrundlage mehrerer indigener Gemeinden.

Nachdem Cáceres wegen ihrer verschiedenen Kampagnen, die sich unter anderem gegen illegale Bauprojekte, Plantagenbesitze richteten, immer wieder das Ziel sexueller Angriffe, Kidnapping- und Morddrohungen gewesen war, wurde sie am Morgen des 3. März 2016 in ihrem Haus von mehreren Bewaffneten ermordet. Am Angriff gegen die Kämpferin waren neben Angestellten der Kraftwerksbetreiber und Profikillern auch aktive Militärs beteiligt.

Fünf Anwältinnen und Anwälte aus Guatemala, den USA und Kolumbien haben seit November 2016 auf Wunsch der Angehörigen Berta Cáceres´ und COPINH die Ermittlungen der honduranischen Staatsanwaltschaft unabhängig untersucht. Vorherigen Forderungen nach einer unabhängigen internationalen Ermittlung ist der Staat Honduras nicht nachgekommen. Nach Einschätzung der Expertengruppe GAIPE, deren Mitglieder alle über langjährige Erfahrungen in der Ermittlung und Strafverfolgung von Menschenrechtsverbrechen verfügen, ist eine wirkliche Aufklärung des Verbrechens nicht möglich.

Im vergangenen Jahr wurden in Lateinamerika etwa 120 Umweltschützer getötet. Einige von ihnen seien bei Protesten von der Polizei erschossen, andere von Auftragsmördern umgebracht worden. Während die Unternehmen auf der Suche nach neuem Land sind, um es auszubeuten, zahlen immer mehr Menschen den höchsten Preis dafür, dass sie sich dem widersetzen. Die ermordeten Aktivisten hätten sich besonders in fünf Bereichen zur Wehr gesetzt: Bergbau und andere extraktivistische Aktivitäten, Wasser, Agrobusiness und Waldwirtschaft. Zugleich sei es immer auch um den Landkonflikt gegangen.

***„Die Armee hat eine Todesliste, auf der die Namen von 18 Menschenrechtsaktivisten stehen – mein Name steht an der Spitze. Ich möchte leben und möchte noch eine ganze Menge Dinge in dieser Welt tun, aber ich habe nicht ein einziges Mal überlegt, den Kampf für unser [der Lenca] Gebiet, für ein Leben in Würde aufzugeben, denn wir führen einen legitimen Kampf. Ich treffe viele Vorsichtsmaßnahmen, aber am Ende bin ich in diesem Land mit völliger Straffreiheit/Gesetzlosigkeit verletzlich… Wenn sie mich töten wollen, dann werden sie es tun.“*** (Berta Caceres )
Berta Cáceres war immer eine Rebellin, sagen die, die sie kannten. Eine Anführerin schon als junge Frau, aber eine, die sich nie über ihre Gefährten erhob. "Sie war wie wir", sagt eine Freundin. Sie motivierte die anderen, sich stark und schlau zu machen, denn sie selbst würde eines Tages nicht mehr da sein. Ihre Fröhlichkeit verlor sie aber nie, sagen die Hinterbliebenen, und auch ihren Willen zum Widerstand nicht.
Berta Cáceres ist ein gutes Beispiel für alle kämpfenden Frauen, die ihr Leben dem antiimperialistischen Kampf gewidmet haben!

***Frauen kämpft gegen Imperialismus!***



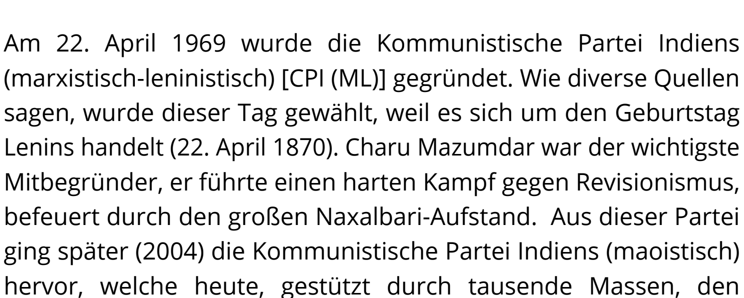
## *Leserbrief*

### *Ungarische Arbeiter*

Das Österreich ausländische Arbeitskräfte ausbeutet, dürfte nun jedermann bekannt sein. Weniger bekannt ist allerdings, dass dies täglich vor der Nase passiert, versucht man den jüngsten Skandal (ist es ein Skandal wenn es niemand weiß?) an die Tagesoberfläche zu zerren.
In einem Fleischerei-Betrieb wurde nun bekannt, dass Arbeits- und Menschenrechte eigentlich niemanden interessieren: Nicht nur wurden die Stempelkarten manipuliert und Pausen eingetragen, die die Arbeiter nie gemacht haben; es wurden Dienstwohnungen über die Firma vergeben, die mit Gewinnanteil für den Betrieb und völlig überteuert an die Gastarbeiter weiter vermietet wurden, der Dolmetscher der Firma wurde für Falschaussagen geschmiert und kündigen darf man nur Dienstags und Freitags.
Außer man befindet sich im Krankenstand oder hat sich eine Verletzung zugezogen, dann läuft das mit der Entlassung, pardon, Kündigung automatisch. Als I-Tüpfelchen stellte sich heraus, das der Betriebsrat des Fleischerei-Betriebes auch in der Arbeiterkammer vertreten ist, weshalb sich um die Beschwerden, die sich mit Sicherheit auf so manchem Schreibtisch gehäuft haben, auch niemand gekümmert hat. Schließlich und endlich muss uns doch bewusst sein: Es handelt sich um ungarische Arbeiter. Und die "sollen froh sein", dass sie für 12 Stunden am Tag 1.000 EUR bekommen. In Ungarn wären es kaum 200 EUR pro Monat. Und immerhin erscheint im Zeiterfassungsprogramm 7,5 Stunden pro Tag. Pro Arbeiter.
Also, alles im grünen Bereich. Aber anscheindend haben doch einige abweichende Zeiterfassungen.

Ok, ok… nicht nur einzelne, sondern die Mehrheit - aber die namenlose Mehrheit!

# INDIEN



## 22. April: Gründungstag der CPI (maoist)

Am 22. April 1969 wurde die Kommunistische Partei Indiens (marxistisch-leninistisch) [CPI (ML)] gegründet. Wie diverse Quellen sagen, wurde dieser Tag gewählt, weil es sich um den Geburtstag Lenins handelt (22. April 1870). Charu Mazumdar war der wichtigste Mitbegründer, er führte einen harten Kampf gegen Revisionismus, befeuert durch den großen Naxalbari-Aufstand. Aus dieser Partei ging später (2004) die Kommunistische Partei Indiens (maoistisch) hervor, welche heute, gestützt durch tausende Massen, den Volkskrieg in Indien führt!






Aktionen anlässlich 100 Jahre Oktoberrevolution

Linz, Hauptplatz

**Berichte über Aktionen, Dokumente und Referate die im Rahmen einer Kampange zum 100. Jahrestag der Oktoberrevolution entstanden, sind zu finden auf:**

**OKTOBER1917.WORDPRESS.COM**

## 1. Februar 1918: Rote Fahnen am Hafen von Cattaro

Cattaro, eine Hafenstadt in Montenegro, wurde vor hundert Jahren zum Schauplatz eines der größten und wichtigsten bewaffneten Kämpfe in der Geschichte der Arbeiterbewegung in Österreich. Am 1. Februar 1918 hissten 6000 Matrosen auf 40 Kriegsschiffen der K.u.K Kriegsmarine, die im Hafen von Cattaro verankert lagen, die rote Fahne. Offiziere wurden verhaftet und die Mannschaften die sich aus allen Teilen der unterdrückten Nationen und aus Österreichern zusammen setzten übernahmen für drei Tage die Kontrolle über die Kriegsschiffe. Sie forderten die sofortige Beendigung des Krieges, die Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung und ein Ende der enormen Schikanen gegen die Matrosen.

Inspiriert von der Oktoberrevolution die nur drei Monate vorher zum ersten Mal in der Geschichte die Macht der ArbeiterInnen und der Massen der Bevölkerung errichtete und damit auch den ungerechten ersten Weltkrieg für die Sowjetunion beendete entwickelte sich dieser Aufstand. Das war der vorläufige Höhepunkt einer Bewegung die sich über fast alle Teile des damaligen Österreich-Ungarn ausbreitete und als Streikbewegung der ArbeiterInnen begonnen hatte.

Auch die Matrosen von Cattaro kämpften für die proletarische Revolution, aber ihr Aufstand erreichte diese Ziel nicht. Es fehlte ihnen eine Starke revolutionäre Führung, die Kommunistische Partei war noch nicht geschaffen und die Sozialdemokratie hat die revolutionären Massen verraten und die Bewegung abgewürgt. Viele dieser Matrosen zogen daraus Lehren und wurden daher Ende 1918 Mitbegründer der Kommunistischen Partei Österreichs.

In Russland war die Revolution geplant und geführt durch die Kommunistische Partei mit dem genialen Lenin an der Spitze. Die Revolution in Österreich und den von Österreich unterdrückten Ländern scheiterte an diesem fehlenden Element. Der Heldenhafte Aufstand im Februar 1918 und der Jännerstreik hätten zu einer proletarischen Revolution werden können wenn die Führung der Sozialdemokraten sie nicht verraten hätte. Diese Lehre war für die revolutionären Kräfte in Österreich sehr wichtig und ein großer Schritt hin zur Schaffung einer wirklich revolutionären Kampfpartei.

# 170 Jahre: Das Manifest der Kommunistischen Partei

**"**

**Mit einem Wort, die Kommunisten unterstützen überall jede revolutionäre Bewegung gegen die bestehenden gesellschaftlichen und politischen Zustände.**

**In allen diesen Bewegungen heben sie die Eigentumsfrage, welche mehr oder minder entwickelte Form sie auch angenommen haben möge, als die Grundfrage der Bewegung hervor. Die Kommunisten arbeiten endlich überall an der Verbindung und Verständigung der demokratischen Parteien aller Länder.**

**Die Kommunisten verschmähen es, ihre Ansichten und Absichten zu verheimlichen. Sie erklären es offen, daß ihre Zwecke nur erreicht werden können durch den gewaltsamen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnung. Mögen die herrschenden Klassen vor einer kommunistischen Revolution zittern. Die Proletarier haben nichts in ihr zu verlieren als ihre Ketten. Sie haben eine Welt zu gewinnen.**

## Proletarier aller Länder, vereinigt euch! "

**(Manifest der Kommunistischen Partei)**

**„Dieses kleine Büchlein wiegt ganze Bände auf. Sein Geist beseelt und bewegt bis heute das gesamte organisierte und kämpfende Proletariat in der zivilisierten Welt“** **(Lenin über das Manifest der Kommunistischen Partei)**